

»Die Menschenrechtsfrage wird wichtigster instrumentalisiert«

Die Linke zu Besuch in Havanna: Debatten um Sozialismus, Kubas Kritiker und die Perspektive einer internationalen Zusammenarbeit. Ein Gespräch mit Oskar Lafontaine

Interview: Harald Neuber



Oskar Lafontaine traf in Havanna mit dem Olympiasieger Felix Savon zusammen; Foto: AP

Herr Lafontaine, es gab im Vorfeld Ihres Kuba-Besuchs Spekulationen über die Gründe der Reise. Klären Sie uns auf: Worum ging es?

Wir sind nach Kuba gekommen, weil wir an der Entwicklung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts interessiert sind. In der Karibik und in Südamerika ist das ja ein großes Thema. Deshalb war es für uns wichtig, diese neue Entwicklung aus erster Hand kennenzulernen. Es ging uns auch um die Zusammenarbeit zwischen Kuba, Venezuela, Bolivien und Ecuador.

Was bedeutet Ihnen der Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Sollte dieses Konzept auch in hier von der Linken diskutiert werden?

Wir waren uns bei den Gesprächen hier in Kuba einig, daß es den einen, homogenen Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht gibt. Jedes Land hat seine eigenen historischen, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen. Jedes Land wird daher eigene Antworten finden müssen. Für uns Europäer stehen zwei Dinge im Zentrum der Sozialismusdebatte: die Machtkontrolle und die Steigerung der Produktivität. Das sind die Schlußfolgerungen, die wir aus Fehlern vergangener Jahrzehnte gezogen haben.

Sie haben in Havanna mit dem Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcón und mit dem Außenminister Felipe Pérez Roque gesprochen. Worum ging es bei den Treffen?

Um die Veränderung der kubanischen Politik. Während Havanna früher auf die osteuropäischen Staaten, die Sowjetunion und Mitteleuropa orientiert war, hat man heute Südamerika und die Karibik im Auge. Besonders mit Venezuela gibt es bekanntlich eine enge Zusammenarbeit, ebenso mit Bolivien und Ecuador. Kubanische Ärzte werden dorthin entsendet, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Nach dem verheerenden Erdbeben in Peru helfen auch dort kubanische Mediziner.

Sie waren das letzte Mal 1988 in Havanna. Seither hat sich nicht nur bei Ihnen viel verändert – Sie waren damals noch SPD-Ministerpräsident des Saarlands – , sondern natürlich auch in Kuba selbst. Welche Unterschiede sehen Sie vor Ort?

Die Wirtschaft hat sich offenbar gut entwickelt, und der Rückschlag vom Anfang der neunziger Jahre ist überwunden. Der Tourismus hat deutlich zugenommen. Hervorragend entwickelt ist nach wie vor das Gesundheits- und das Bildungswesen. Probleme hat Kuba mit der Landwirtschaft, beim Wohnungsbau und beim öffentlichen Personennahverkehr. Man ist sich in Kuba klar darüber, daß die Produktivität der Volkswirtschaft gesteigert werden muß.

Im Vorfeld Ihrer Reise hat es auch Kritik gegeben, nicht nur aus der Sozialdemokratie, sondern auch von den Grünen. Deren Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck hat gefordert, Sie müßten in Kuba die Achtung der Menschenrechte ansprechen. Was entgegnen Sie ihm?

Wir haben die Menschenrechtsfrage natürlich ausführlich erörtert. Ebenso die Frage der Religionsausübung. Es ist das übliche Spiel, wenn mit uns konkurrierende Parteien die Menschenrechtsfrage wichtigtuerisch instrumentalisieren. Es geht dabei wohl eher darum, sich von uns abzugrenzen und uns zu diffamieren.

Ganz unkritisch ist das Thema aber auch in Ihrer eigenen Partei nicht behandelt worden ...

Es mag die eine oder andere vereinzelte Stimme geben, die die Zusammenarbeit mit Kuba kritisiert. Aber die große Mehrheit der Partei, dies hat auch der letzte Bundesparteitag gezeigt, legt Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit Kuba. Und die muß ja nicht unkritisch sein.

Sie haben wiederholt positiv auf die linken Regierungen in Lateinamerika Bezug genommen. Dabei ging es vor allem um Bolivien und Venezuela. Wie beurteilen Sie den Umbruch in der Region?

Man muß diese Entwicklungen immer vor dem Hintergrund der Geschichte dieser Länder sehen. Die jetzigen Regierungen in Südamerika sind häufig aus dem Kampf gegen korrupte Diktaturen entstanden. Wenn man die Entwicklung ehrlich beurteilen will, dann muß man das immer im Hinterkopf behalten. Es ist zum Beispiel ein großer Fortschritt, wenn nach jahrhundertelanger Unterdrückung mit Evo Morales ein

Angehöriger der Aymara-Volksgruppe zum Präsidenten Boliviens gewählt wird. Diese Entscheidung ist in ihrer Symbolhaftigkeit einmalig. Es ist ebenso von großer Bedeutung, wenn die Bodenschätze dieser Länder nicht mehr den Reichtum transnationaler Konzerne steigern, sondern wenn sie eingesetzt werden, um die soziale Lage der Menschen in diesen Ländern zu verbessern.

Der australische Journalist John Pilger hat die teils aggressive Ablehnung von Hugo Chávez in Europa darauf zurückgeführt, daß er die Rolle der Sozialdemokratie übernommen habe, weil diese inzwischen keine Ideale mehr habe. Teilen Sie diese Einschätzung?

Ich würde nicht unbedingt auf die Sozialdemokratie Bezug nehmen. Ich glaube, daß insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika und viele derjenigen, die ihre Politik unterstützen, nicht zu einer fairen Beurteilung der Entwicklung in Südamerika fähig sind.

Was wäre eine faire Beurteilung?

Eine faire Beurteilung müßte zu dem Schluß kommen, daß die Ablösung korrupter, verbrecherischer Regime ein Fortschritt ist und daß sich die soziale Lage in Südamerika durch die Politik der aktuellen linken Regierungen deutlich verbessert hat.

HINTERGRUND

Gute Kontakte

Die Symbolik des Besuchs war deutlich: Die erste Reise als Vorsitzender der Linkspartei führte Oskar Lafontaine in das sozialistische Kuba. Bei dem »dreitägigen Arbeitsbesuch«, wie die Visite von Dienstag bis Donnerstag von der Fraktion angekündigt worden war, ging es vor allem um die Beziehungen zwischen der noch jungen deutschen Linkspartei und der Kommunistischen Partei Kubas (PCC). Die Linke setzte damit einen politischen Akzent gegen den Mainstream in der Berliner Republik. Kurz vor dem Kuba-Besuch der Delegation hatte FDP-Chef Guido Westerwelle schließlich noch zum Generalangriff gegen Lafontaine geblasen. Auch, weil dieser die neue Sozialpolitik der lateinamerikanischen Linken positiv bewertet hatte. Als der Parteivorsitzende dann gemeinsam mit dem Vizefraktionschef der Linken Klaus Ernst und der bildungspolitischen Sprecherin Nele Hirsch vor Ort war, mahnte der Grüne Volker Beck eine Debatte über die Menschenrechtsfrage an.

Daß dieses Thema bei den Gesprächen in Havanna auf der Agenda stand, bestätigte Lafontaine im Gespräch mit junge Welt. Allerdings ist auch der Unterschied zu der Grünen-Position klar: Die Menschenrechtsfrage wird im Verhältnis der Linken zu Kuba nicht genutzt, um Druck für einen Systemwandel auszuüben. Im Gegenteil unterhalten Linkspartei und PCC freundschaftliche Kontakte, die sich mit dem Besuch verbessert haben dürften. Die Gespräche hätten in einer »sehr solidarischen Atmosphäre« stattgefunden, bestätigte Nele Hirsch im jW-Gespräch.

Geplant worden war die Reise der Linken nach Kuba erstmals im Juni. Damals war Oscar Martínez Cordobés, Vizeleiter der Abteilung für Internationale Beziehungen des Zentralkomitees der PCC und ehemaliger Botschafter Kubas in

Deutschland, in Berlin zu Gast. Nach seiner Teilnahme am Vereinigungsparteitag von WASG und PDS lud er Lafontaine nach Kuba ein.

Bei den Gesprächen in Kuba ging es vor allem um die sozialistische Perspektive auf internationaler Ebene. Die Debatte um einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in Lateinamerika wird auch von der Linkspartei verfolgt. Auch in Berlin könne man von dieser Diskussion lernen, hieß es aus der deutschen Delegation. Beide Seiten hätten trotz der unterschiedlichen politischen Ausgangsvoraussetzungen darin übereingestimmt, daß linke Politik vor allem an den sozialen Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein müsse. Dieser Konsens besteht auch mit anderen fortschrittlichen Staaten Lateinamerikas. Die sozialistische Achse Berlin-Havanna kann also ausgeweitet werden. Interesse daran gibt es auch in anderen lateinamerikanischen Hauptstädten. (hneu)

Freiheit durch oder Freiheit trotz Sozialismus

Von Resolutionen und Reisen: Die Linke und ihr gespanntes Verhältnis zu Kuba

Von Harald Neuber

Als der EU-Abgeordnete André Brie vom Nachrichtenmagazin Der Spiegel Ende Juli zum Wesen einer »modernen Linken« befragt wurde, charakterisierte er sie als proeuropäisch und ökologisch. »Platte Rufe nach Systemüberwindung« stünden ihr schlecht an, auch dürfe sie Kuba nicht als »leuchtendes Beispiel« feiern. Letzteres hat Brie in der Tat nie getan. Als ultrarechte Abgeordnete der spanischen Volkspartei im vergangenen Jahr eine antikubanische Resolution verabschiedeten, gehörte er zu den Unterstützern. Brie lieferte damit den Beweis, daß sich die »moderne Linke« selbst rechts überholen kann.

Die Debatte der Linkspartei um Kuba ist eine symbolische Debatte. Im Verhältnis zur sozialistischen Regierung definiert sich ihr Bezug zur eigenen sozialistischen Vergangenheit und Gegenwart. So verwundert es nicht, daß es gegen den »Arbeitsbesuch« nach Informationen aus der Partei »massive Widerstände« gegeben habe – vor allem aus dem Vorstand. Delegationsleiter Lafontaine weiß das und verweist auch deswegen auf einen Beschluß des letzten Parteitags, auf dem sich die Teilnehmer deutlich mit Kuba solidarisiert hatten. In dieser Frage stand die Basis im Widerspruch zu Teilen einer Parteiführung, die sich immer stärker mit den bürgerlichen Positionen identifiziert, in der Außen- wie in der Innenpolitik.

Die Visite in Havanna zeigt, daß es anders geht. Nachdem eine Delegation der PDS im Februar 2006 kurzerhand ausgeladen worden war, weil André Brie, Gabriele Zimmer und Helmut Markov die Attacken der Rechten in Brüssel unterstützt hatten, waren Lothar Bisky und der internationale Beauftragte der Partei Helmut Schulz im April vergangenen Jahres nach Havanna geflogen, um die Wogen zu glätten. Mit dem nun abgeschlossenen Besuch dürfte der Schaden endgültig behoben sein,

meint Reinhard Thiele von der Arbeitsgruppe in der Linkspartei Cuba Sí. »Wir werden aber auch weiter auf einen fairen und respektvollen Umgang mit Kuba drängen«, fügt er an.

... und Pofalla stänkert:

ND Sonnabend/Sonntag,
1./2. September 2007

Lafontaine beendete Kuba-Besuch

Havanna (dpa/ND). Linksparteichef Oskar Lafontaine hat zum Abschluss eines dreitägigen Kuba-Besuchs die Entwicklung des sozialistischen Inselstaates gewürdigt. In den vergangenen Monaten habe sich Kubas politische Entwicklung als stabil erwiesen. Dem kranken Staatschef Fidel Castro wünsche er gute Genesung. Zuvor war er in einem Gespräch mit dem kubanischen Außenminister Felipe Pérez Roque über dessen Gesundheitszustand informiert worden.

Auf einer Pressekonferenz sprach sich Lafontaine für einen behutsamen Umgang mit dem Thema Menschenrechte aus. Wer dazu beitragen wolle, Fehler zu korrigieren, dürfe das Thema nicht instrumentalisieren, erklärte er. Die EU und Deutschland forderte er zugleich auf, die Zusammenarbeit mit Kuba zu vertiefen. Zur politischen Lage auf der Insel meinte Lafontaine, Kuba verfüge seiner Einschätzung nach schon jetzt über eine kollektive Führung, die auch in einer Ära nach Castro für stabile Verhältnisse sorgen könne.

Lafontaine erklärte, er sei mit Klaus Ernst und Nele Hirsch nach Kuba gereist, »weil wir an der Entwicklung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts interessiert sind«. Es müsse anerkannt werden, »dass die Ablösung korrupter, verbrecherischer Regime ein Fortschritt ist und dass sich die soziale Lage in Südamerika durch die Politik der aktuellen linken Regierungen deutlich verbessert«.

Nachrichten

■ Kubareise: ND
Kritik der CDU ^{1.12.07}
an Lafontaine

Berlin (ND). Äußerungen von Oskar Lafontaine zur Lage in Kuba sind bei der CDU auf harsche Kritik gestoßen. Der Linksparteichef hatte gegenüber der Tageszeitung »junge Welt« erklärt, SPD und die Grünen würden im Falle Kubas »die Menschenrechtsfrage wichtiger instrumentalisieren«, um sich von der neuen LINKEN abzugrenzen und »uns zu diffamieren«. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla sagte daraufhin, diese Äußerung Lafontaines schlage »dem Fass den Boden aus«. Es sei die Pflicht eines jeden Demokraten, auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. Lafontaine beendete inzwischen einen dreitägigen Aufenthalt auf Kuba, bei dem er u. a. mit Parlamentspräsident Ricardo Alarcón zusammengetroffen war. Die dortige Lage im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich sei »hervorragend«, so Lafontaine.